

Abo [Ökonom im Interview](#)

# «Grosser Schaden entstand durch die Vierfachbelastung von Frauen»

Die Politik dürfe nicht nur ans Geld denken, sagt Wirtschaftswissenschaftler Reiner Eichenberger. Die Gesellschaft brauche gute Zukunftsaussichten, damit sie die Krise überwinde.

Dominik Feusi

🔄 Aktualisiert vor 31 Minuten



«Die medizinische Gefährlichkeit des Virus wurde überschätzt»: Wirtschaftswissenschaftler Reiner Eichenberger.

Foto: Raisa Durandi



## Haben wir das Schlimmste überstanden?

Daran zweifle ich. Falls sich das Virus nun leicht kontrollieren lässt, war die bisherige Politik offensichtlich zu hart. Falls nicht, braucht es noch lange einschneidende Massnahmen zur Verhinderung weiterer Wellen. Denn je weniger Menschen das Virus schon hatten, desto härtere Massnahmen braucht es, um den Infektionsverlauf zu kontrollieren. Deshalb droht der Bundesrat Opfer seines Erfolgs zu werden.

## Wie bitte?

Das Problem ist nicht der Bundesrat, sondern seine Entscheidungsgrundlage und die Daten. Die Infektionszahlen sagen wegen der hohen und variierenden Dunkelziffer wenig. Und die hohen Sterbezahlen sagen wenig, weil im Vergleich zu anderen Krankheiten nur wenige Lebensjahre verloren gingen, da die meisten Verstorbenen schon vorher sehr krank waren. Es gab weder genügend Obduktionen noch Befragungen von Angehörigen zum Gesundheitszustand der Verstorbenen. Der Bundesrat musste im Blindflug entscheiden. Dass wir heute nicht viel mehr wissen, ist bedrückend.

### Hat der Bundesrat zu harte Massnahmen beschlossen?

Ja

10.9 %

Eher Ja

17.3 %

Eher Nein

19.1 %

Nein

52.7 %

**110 Teilnehmer**

# «Nach zwei Monaten genügt die Führung des Landes durch Medienkonferenzen nicht mehr.»

Reiner Eichenberger

---

## **Der Bundesrat genießt grosses Vertrauen.**

Das ist typisch für solche Krisen. Aber nach zwei Monaten genügen Verordnungen und Medienkonferenzen zur Führung des Landes nicht mehr. Die Bürger wollen mehr wissen und Entscheide nachvollziehen können. Nur dann folgen sie ihnen. Spätestens jetzt müssten wir alles tun, um bessere Daten über die wahre Schwere der Seuche zu bekommen.

## **Haben wir das Virus unterschätzt?**

Seine medizinische Gefährlichkeit wurde wohl überschätzt. Weit unterschätzt wurden hingegen die Folgen der politischen Reaktionen auf das Virus sowie die grossen Unterschiede in der Leistungsfähigkeit der Gesundheitssysteme. Deshalb glichen wir uns zu stark der Politik in der EU an, statt einen eigenständigen Weg zu suchen. Und jetzt mit den tiefen Zahlen besteht die Gefahr, dass wir auch das Virus unterschätzen.

---

**Der Ökonom, der für eine  
Durchseuchung plädierte**

▼ [Infos einblenden](#)

## **Und wie lange dauert die wirtschaftliche Krise noch an?**

Ich erwarte keine schnelle Besserung. Die verbleibenden Massnahmen dämpfen die Konsumfreude und treiben die Kosten. Manche werden auch aus Angst vor dem Virus zu Hause bleiben. Für die Schweiz ist entscheidend, dass Export und Import von Gütern und Dienstleistungen wieder funktionieren. Und da sind wir von Ländern abhängig, die langsamer gesunden. Doch es wird auch unerwartete Gewinner geben. So dürften manche Hotels ihre beste Sommersaison haben: lauter voll zahlende Schweizer Gäste statt internationale Tiefpreisgruppen.

---

## «Jetzt besteht die Gefahr, dass wir das Virus unterschätzen.»

Reiner Eichenberger

---

### **Die Schweizer Wirtschaft dürfte um rund 7 Prozent schrumpfen. Was bedeutet das?**

Das ist sehr viel. Wegen des Einbruchs fehlen Steuereinnahmen beim Staat, Abgaben in den Sozialversicherungen, Umsatz bei den Unternehmen und Einkommen bei den Bürgern. Eine zweite Welle und Gefahren wie eine Konkurswelle, Liegenschafts-crash oder Schuldenkrise im Euroraum sind da nicht einmal berücksichtigt. Selbst wenn sich die Wirtschaft bis 2023 erholt: Der Schaden ist riesig.

### **Bundesrat und Parlament haben rasch Kredite und Hilfe durch Kurzarbeit beschlossen.**

Das war wichtig. Kredite sind viel besser als A-fonds-perdu-Beiträge. Und Kurzarbeit ist ein guter Stabilisator des Arbeitsmarktes – auch wenn manche die fast gratis Freizeit geniessen.

### **Gleichzeitig stehen jetzt die Lobbyisten Schlange, um noch etwas für ihre Branche herauszuholen.**

Jede weitere Hilfe hat zwei Probleme. Erstens kann man nicht allen helfen, weil die Hilfe wiederum von allen bezahlt werden muss. Hilfe für alle ist eine Last für alle. Zweitens sollten wir in der Politik nicht nur ans Geld denken.

### **Ausgerechnet ein Ökonom kritisiert, dass die Politik an Geld denkt?**

Ja klar. Auch bei der Corona-Krise sind die nicht monetären Schäden riesig, etwa durch die Verzögerung von Ausbildungen oder aufgeschobene Behandlung anderer Krankheiten. Ein grosser Schaden wurde auch durch die Vierfachbelastung insbesondere von Frauen zu Hause angerichtet. Sie waren zwei Monate eingesperrt, mussten sich um die Kinder kümmern, den Haushalt schmeissen, den Mann ertragen und oft noch selber arbeiten. Sie sind wahrhaft systemrelevant und Heldinnen. Ich kenne kein Papier des Bundesrates, das solche gesellschaftlichen Auswirkungen thematisiert.

---

## **Frauen waren zwei Monate eingesperrt, mussten sich um die Kinder kümmern, den Haushalt schmeissen, den Mann ertragen und oft noch selber arbeiten.**

Reiner Eichenberger

---

### **Sie finden, jetzt sei genug Geld ausgegeben?**

Ja. Jetzt müssen wir über die Effizienz des staatlichen Mitteleinsatzes reden. Nur so schaffen wir es über die düsteren Aussichten hinweg. Kluge Reformen schaffen gute Zukunftsaussichten, und diese sind der Katalysator, den die Gesellschaft braucht, um die Krise zu überwinden. Menschen und Firmen aus dem In- und Ausland beginnen dann wieder zu investieren.

### **Wie soll das geschehen?**

Zum Beispiel indem wir aufzeigen, wie wir die Schulden, die wir jetzt gemacht haben, wieder abbauen. Damit signalisieren wir, dass die Schweiz auch in Zukunft höchste Standortqualität bietet.

### **Genügt das?**

Nein. Wir müssen die Reform der Altersvorsorge sachlich und nachhaltig statt ideologisch anpacken, indem wir Anreize setzen, dass möglichst viele von sich aus länger als 65 arbeiten. Und wir sollten eine Klimapolitik zimmern, die nicht zu mehr Steuern und damit mehr Umverteilung führt, sondern mehr Klimaschutz pro eingesetzten Franken bringt.

### **Kommen diese Themen überhaupt wieder auf die Agenda?**

Ja sicher. Das Parlament baut gerade ein CO<sub>2</sub>-Gesetz, das den Politikern gefällt, weil sie Geld verteilen können, und den Lobbys passt, weil sie es bekommen. Aber es ist extrem teuer und ineffizient, weil es nicht konsequent auf Kostenwahrheit für alle setzt. Ähnlich ist es beim Verkehr.

### **Dort soll es weitere Unterstützungsmassnahmen geben.**



Der öffentliche Verkehr ist heute pro Personenkilometer schon fünf Mal so stark subventioniert wie der Privatverkehr – inklusive unbezahlter Umwelt- und Unfallschäden. Das führt zu Zersiedelung und auch mehr Autoverkehr vom Land in die Stadt. Damit müssen wir aufhören. Die Verkehrsteilnehmer müssen die wahren Kosten bezahlen. Warum haben wir bis jetzt kaum von zu Hause aus gearbeitet? Weil die Mobilität zu günstig war!

---

**«Schulden machen ist bei der Linken populär, weil es Umverteilung ist.»**

Reiner Eichenberger

---

**Können wir uns einen ineffizienten Staat überhaupt noch leisten mit der Schuldenlast aus der Krise?**

Oberflächlich betrachtet können wir uns sehr viel leisten. Aber die Schulden von heute schränken uns und die nachfolgenden Generationen ein. Schulden machen ist bei der Linken populär, weil es Umverteilung ist. Die Steuern, die es zur Tilgung braucht, zahlen die zukünftigen Generationen und die Reichen, wegen der starken Steuerprogression.

**Unsere Schulden sind immer noch gering. Es geht uns besser als beispielsweise Italien, Frankreich oder Spanien.**

Ja, der Grund sind unsere Institutionen und wie sie funktionieren. Aber wir dürfen uns nicht mit krisengeschüttelten Staaten in Südeuropa vergleichen, sondern müssen uns mit den weltweit besten und innovativsten Ländern und Regionen messen, mit Skandinavien, Bayern, Baden-Württemberg, Südkorea, Taiwan oder Singapur zum Beispiel. Die Welt wird nach der Krise noch globaler werden, nur schon weil wir gelernt haben, über Videokonferenzen zusammenzuarbeiten.

---

**«Wir sollten die Steuern während einiger Jahre senken. Das gibt Personen und Unternehmen den Spielraum, den sie brauchen.»**

Reiner Eichenberger

---

## Was fordern Sie?

Wir sollten die Steuern während einiger Jahre senken. Das gibt Personen und Unternehmen den Spielraum, den sie brauchen. Wir zeigen der Welt, dass wir einer der attraktivsten Standorte für Menschen und ihre Ideen bleiben. Wenn wir uns deswegen verschulden, dann wird die Schuld dereinst vor allem von jenen getilgt, die jetzt von der Steuersenkung profitieren. Das ist fairer als Umverteilung.

## Die SP will das Gegenteil, nämlich eine Milliardensteuer.

Die SP bleibt sich treu. Aber sie unterschlägt, dass die Schweiz schon heute die weitaus höchste Vermögenssteuer und die höchste Steuerprogression in Europa hat. In den meisten EU-Ländern gibt es keine Vermögenssteuer. Die Schweiz ist ein Steuerparadies für Normalbürger, aber Gutverdienende zahlen in den meisten Kantonen ähnlich viel Steuern und Abgaben wie in der EU. Die SP macht einen Denkfehler: Sie müsste das grösste Interesse an einem wirksamen Staat haben und die nun nötigen Reformen mitgestalten. «Mehr Umverteilung» ist kein Programm für eine zukunftsfähige und menschenfreundliche Schweiz.

Publiziert heute um 08:19 Uhr

## 0 Kommentare

Ihr Name

Speichern

## MEHR ZUM THEMA